

Bulgarien am Rande des Kosovo-Konflikts

Brahm, Heinz

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Brahm, H. (1999). *Bulgarien am Rande des Kosovo-Konflikts*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 17/1999). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47923>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Aktuelle Analysen

Nr. 17/1999

10. Mai 1999

Bulgarien am Rande des Kosovo-Konflikts

Zusammenfassung

Am 4. Mai hat sich das Parlament in Sofia mit 154 gegen 83 Stimmen dafür entschieden, den Luftraum für Nato-Flugzeuge im Kosovo-Konflikt zu öffnen. Die militärischen Aktionen gegen Jugoslawien sind nicht populär in Bulgarien, weil viele fürchten, in einen Krieg hineingezogen zu werden. Das Land hat eine gemeinsame Grenze mit Jugoslawien. Mehrere Raketen sind schon auf seinem Territorium niedergegangen. Bulgarien ist wegen der Verkehrswege und seines Handels auf gute Beziehungen zu Jugoslawien angewiesen. Durch die Unterbrechung der Verkehrsrouten und die Zerstörung der Donau-Brücken in Novi Sad ist Sofia wirtschaftlich stark getroffen. Vor allem die Bulgarische Sozialistische Partei (BSP) und die "Eurolinke" haben sich dagegen gewehrt, der Nato den Zugang zum Luftraum zu erlauben. Ehemalige Kommunisten sahen sich seit den Nato-Schlägen in ihrem Mißtrauen gegen den Westen bestätigt und scheuten in der angespannten Lage nicht vor Panikmache zurück. Um so bemerkenswerter war die Entschlossenheit der "Union der demokratischen Kräfte" (SDS) und der "Volksunion", ihren Nato-Kurs fortzusetzen.

Die Nato-Schläge gegen Jugoslawien haben im ehemaligen Ostblock Vorurteile, Ängste und Ressentiments geweckt und vereinzelt sogar Haßtiraden ausgelöst, die den Westen überraschten. Aus Moskau kamen zunächst äußerst kritische und sogar martialische Töne. In Tschechien haben namhafte Politiker Bedenken am Vorgehen der Nato geäußert,¹ was wiederum im Westen die Zweifel an der Osterweiterung des militärischen Bündnisses, sowohl an der gerade vollzogenen wie auch an einer zweiten Runde, verstärken könnte. In Ungarn wendet sich die Sozialistische Partei gegen Bombenangriffe auf Jugoslawien von ihrem Territorium aus.

Existentiell bedroht sind seit Beginn des unerklärten Krieges gegen Jugoslawien vor allem die Teilrepublik Montenegro, wo proserbische Tendenzen und jugoslawische Streitkräfte einen Putsch gegen die Regierung versuchen können, und Mazedonien, wo die Flüchtlingsströme aus dem Kosovo das mühsam gewahrte Gleichgewicht zwischen Albanern, Mazedoniern und Serben definitiv stören können. Albanien ist noch nicht so stark gefährdet wie Montenegro oder Mazedonien, ist aber nicht imstande, ohne Hilfe von außen die Flüchtlingsheere zu versorgen.

¹ Prager Zeitung, 1.-7. April 1999.

Besorgnisse in Bulgarien

Bulgarien, das eine 318 km lange Grenze mit Jugoslawien hat, ist gegenwärtig fast hinter den Rauchschwaden des Krieges verschwunden, durchlebt nichtsdestoweniger aber eine schwere Zeit. Der Krieg ist für das Land ein Desaster. Allein ein Krieg in Bulgarien selbst wäre ein größeres Unglück. Als orthodoxes Balkanland *und* als Anwärtin auf die Nato- und EU-Mitgliedschaft hat es zwei Identitäten. Sofia liegt nur 50 km von der serbischen Grenze entfernt. Der kürzeste Weg für den Personen- und Warenverkehr mit Mittel- und Westeuropa verläuft über Jugoslawien. Er war seit den militärischen Aktionen verspermt. Schon das militärisch überwachte Embargo gegen Jugoslawien von 1993 bis 1996 hat dem Land schwere Schäden zugefügt. Man weiß in Sofia, daß man nach dem Ende des gegenwärtigen Waffengangs auf gute Beziehungen zu Belgrad angewiesen ist.

Die bulgarische Regierung unter Ivan Kostov hat vor den Nato-Schlägen verzweifelte Anstrengungen unternommen, um den Krieg abzuwenden. Aber schon am 23. Oktober 1998 hatte sich das bulgarische Parlament mit 150 gegen 47 Stimmen dafür entschieden, daß Bulgarien notfalls den Luftraum für Nato-Flugzeuge öffnen würde. Kurz zuvor war ein Brief von Georgi Pärvanov, dem Führer der Bulgarischen Sozialistischen Partei (BSP), an Slobodan Milošević bekanntgeworden, in dem er diesem seine Solidarität bekundet hatte.²

Nachdem die Luftangriffe gegen Jugoslawien begonnen hatten, bekräftigte das bulgarische Parlament seine Haltung vom Oktober letzten Jahres und unterstrich, daß sich Bulgarien, abgesehen von der Freigabe eines Luftkorridors, nicht direkt oder indirekt an den militärischen Aktionen beteiligen werde.

Unmittelbar nach dem Nato-Einsatz glaubten 44 Prozent der befragten Bulgaren, daß Belgrad das Recht auf seiner Seite habe. Das Eingreifen der Nato billigten 24 Prozent, 32 Prozent konnten sich in dieser Frage nicht entscheiden. 50 Prozent erwarteten negative Folgen für ihr Land, 13 Prozent positive und 17 Prozent keine Folgen. 62 Prozent glaubten nicht, daß ihr Land für eventuelle materielle oder wirtschaftliche Schäden irgendwelche Kompensationen erhalten würde.³

Angesichts dieses Meinungsklimas bekannten sich Präsident Petăr Stojanov, die Regierung Ivan Kostovs und die Parlamentsmehrheit geradezu stoisch zu ihren früheren Zielen. Sie sahen die Interessen ihres Landes am besten bei der Nato und der EU aufgehoben. Sie wußten, daß man dafür auch einen Preis zu zahlen hatte. Bemerkenswert war auch die Geschlossenheit der "Union der demokratischen Kräfte" (SDS) sowie der "Volksunion" (NS). Selbst aus dem Lager der Opposition erhielt die Regierung Zustimmung, vor allem von der "Bewegung für Rechte und Freiheiten" (DPS), die die türkische Minderheit vertritt und die in der Nato ihren sichersten Schutz sieht. Erstaunlicherweise beharrte auch die "Eurolinke" (Evrolevica) nach wie vor auf einer Aufnahme in die Nato, kritisierte allerdings die Regierung für ihre Versäumnisse. Insgesamt bewegten sich die Linksparteien seit den Nato-Schlägen deutlich nach links.

Die BSP, die aus der kommunistischen Partei hervorgegangen ist, plädierte zwar auf der einen Seite für eine Nichteinmischung Bulgariens in den Balkan-Konflikt, ließ aber auf der anderen direkt oder indirekt ihre Sympathie für Jugoslawien erkennen. Blagovest Sendov, Parlamentspräsident während der Videnov-Regierung, wurde in Belgrad von Mira Marković empfangen und folgte mehr oder weniger der serbischen Propaganda.⁴ Man hat der BSP nicht ohne Grund vorgeworfen, daß sie sich auf die Informationen der jugoslawischen Botschaft in Sofia stützt. Schweres Geschütz fuhr Stefan Prodev, Chefredakteur der sozialistischen Parteizeitung "Duma", auf. Er attackierte – fast wie in kommunistischen Zeiten – die Sozialisten und Sozialdemokraten Westeuropas, die die Regierungen in ihren Ländern bilden und die "den zynischen Krieg" im Namen eines "illusorischen gesamteuropäischen Interesses" führten.⁵ Prodev erinnerte an die Widerstandskraft Serbiens, das nicht

² 24 časa, 20.10.1998.

³ Trud, 27.3.1999.

⁴ Interview in: Trud, 28.3.1999.

⁵ Neues Deutschland, 20.4.1999.

nur Hitler, sondern auch Stalin standgehalten habe. "Was werden die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien ihren Völkern sagen, wenn Särge nach London oder Bonn gebracht werden?"

Prodev scheute nicht einmal vor dem Vergleich zwischen dem Ersten Weltkrieg, in dem die Sozialdemokraten versagt hätten, und dem jetzigen Jugoslawien-Konflikt zurück. Gegenwärtig sei die Sozialdemokratie Europas zu einer Geisel des Militärapparats geworden. Herablassend schloß Prodev mit dem Urteil: "Doch so ist es immer, wenn die Prinzipien in die Hände von ehrgeizigen, doch unreifen Politikern geraten. Man kann nicht gleichzeitig Sozialist und Söldner sein." Es gibt auch schon Stimmen im linken Lager, die auf eine Aufnahme in die Sozialistische Internationale verzichten wollen. Eigentlich läge es dann nahe, eine neue Internationale wie nach dem ersten Weltkrieg zu gründen.

Die BSP ist nach wie vor ein Sammelbecken verschiedenster Strömungen, und man kann von ihren Vertretern neben aggressiver Kritik auch moderate Worte hören. Ihr Führer G. Pärvanov scheint am 14. April während eines Treffens mit den Botschaftern der USA, Großbritanniens und Deutschlands bemüht gewesen sein, den Kontakt zum Westen nicht abreißen zu lassen. Nichtsdestoweniger ließ die Kritik aus dem linken Lager erkennen, wie stark noch das Denken aus der Zeit des Kommunismus war.

Die Nato-Note vom 17. April

Als am Nachmittag des 17. April eine Note der Nato im Amtssitz des bulgarischen Ministerpräsidenten eintraf,⁶ trieb die politische Diskussion einem Höhepunkt entgegen. Die Regierung in Sofia wurde offensichtlich ersucht, Zugang zum *gesamten* Luftraum zu gewähren. Das Ansinnen der Nato könnte für I. Kostovs Mannschaft eine Zumutung gewesen sein. Jedenfalls begann jetzt eine fieberhafte Tätigkeit, und aus den offiziellen Verlautbarungen ließ sich der Ernst der Lage erahnen. Staatspräsident P. Stojanov, der auf dem Weg nach Washington war, kehrte nach Bulgarien zurück, als er in Paris von dem Nato-Gesuch erfahren hatte.

Die Regierung sah sich einer Bevölkerung gegenüber, die die Nato-Operationen in Jugoslawien mehrheitlich reserviert, ablehnend oder kritisch beurteilte, zumal bereits Raketen versehentlich auf bulgarischem Territorium niedergegangen waren und auch der Luftraum von Flugzeugen verletzt worden war. In vielen Wirtschaftszweigen war von Tag zu Tag deutlicher zu erkennen, daß die Umsätze niedriger ausfielen. Der bulgarische Vizepremier Aleksandăr Božkov gab an, daß Bulgarien wegen des Kosovo-Konflikts täglich 1,5 Mio. Dollar verliere. Premier Kostov befürchtete, daß eine Lücke von 1 Mrd. Dollar in der Zahlungsbilanz entstünde, wenn der Krieg länger als sieben Monate dauerte. Angesichts eines Bruttoinlandsprodukts von etwa 13 Mrd. Dollar wäre dies ein enormer Verlust. Genauere Zahlen als die ersten Schätzungen wird man erst später erfahren. Aber viele Firmen spürten die Auswirkungen des Krieges sehr bald. Die Transportunternehmen waren zu erheblichen Umwegen gezwungen. Die Mehrkosten pro Lastwagen, der die Route über Ruse nehmen muß, werden mit mindestens 700 DM angegeben. Die Medien mußten Verluste im Annoncengeschäft hinnehmen.

Am 18. April hielt es der amerikanische Präsident Bill Clinton für angebracht, in einem Telefongespräch mit I. Kostov anzukündigen, daß bereits Überlegungen angestellt würden, wie man nach dem Kosovo-Konflikt den gesamten Balkan stärker mit Europa verknüpfen könnte. Mit dieser Perspektive sollte Bulgarien die Entscheidung für die Wünsche der Nato erleichtert werden.

Am 20. April ermahnte Kostov die Chefredakteure der wichtigsten Medien, die Situation des Landes nicht verantwortungslos zu dramatisieren oder durch Effekthascherei zu verschärfen.⁷

Einen Tag später verhandelte Kostov in Brüssel mit dem Nato-Generalsekretär Javier Solana, wobei es ihm offensichtlich gelang, den von der Militärallianz gewünschten Zugang zum Luftraum auf ein

⁶ Trud, 20.4.1999.

⁷ Monitor, 22.4.1999.

erträgliches Maß zu reduzieren. Man einigte sich darauf, daß Bulgarien nur einen Luftkorridor von 70 bis 90 Meilen (112-140 km) zur Verfügung stellen sollte, von dem Sofia, die größeren Städte und Kozloduj mit dem Atomkraftwerk ausgespart werden sollten. Es wurde auch über solche Eventualitäten wie z.B. Notlandungen gesprochen. Die Nato ihrerseits versprach Bulgarien Sicherheiten, die nicht geringer sein sollten als diejenigen, die Albanien und Mazedonien zugestanden worden waren. Ebenso sprach man über die Hilfe, die die Westmächte dem gesamten Balkan zukommen lassen wollten.

Trotz des ausgehandelten Kompromisses brachte das Ersuchen der Nato die Regierungsmehrheit in einige Bedrängnis. Die BSP hielt die Sicherheitsgarantien der Nato nicht für ausreichend und schürte in der Bevölkerung die Angst, daß das Land durch die Öffnung des Luftraums zu einer militärischen Operationszone werden könnte. B. Sendov deutete in einer Fernsehsendung an, daß man sich bald im Krieg befinden könnte. Es gab Demonstrationen gegen die Nato, auf denen der "Ausverkauf" Bulgariens an fremde Interessen angeprangert wurde.

Die Kosovaren sind den Bulgaren nicht so nah wie die Serben

Seit den Angriffen auf Jugoslawien standen die Bulgaren mit ihren Herzen eher auf der Seite der Serben als auf der der Kosovaren. Das ist um so erstaunlicher, als sich Bulgaren und Serben in der Vergangenheit selten freundlich gesinnt waren. Möglicherweise hat sich aus der Zeit der Osmanenherrschaft ein dumpfes Mißtrauen gegen alle Muslime erhalten. Die KP Bulgariens hatte sich 1989 gegenüber der türkischen Minderheit so feindselig verhalten, daß 300.000 Türken das Land verlassen haben. Die BSP als Spätgeburt der KP hat die antitürkische Haltung, allerdings in abgemilderter Form, übernommen. Auf den Straßen Sofias kann man die Befürchtung hören, daß eines Tages vielleicht die Nato den Türken in Bulgarien so zu Hilfe kommen könnte, wie sie jetzt den Kosovaren Unterstützung gewährt. Schließlich sei die Türkei Mitglied in der Nato, nach bulgarischer Meinung sogar der "Liebling" der USA. Bulgarien aber steht noch vor den Türen der Militärrallianz. In den Rhodopen im Südosten Bulgariens, wo Türken wohnen, hat eine Aufschrift mit der Forderung nach Autonomie schon für Aufregung gesorgt.

So schwach manchmal auch der orthodoxe Glaube und die innere Verbundenheit der slawischen Völker (soweit sie sich als solche fühlen) sind, in der Stunde der Herausforderung wurde das Gemeinsame lebendig und über Gebühr betont. In Bulgarien, das sich nach 1989 vom Westen vernachlässigt und durch den Visazwang des Schengener Abkommens gedemütigt fühlt, war man sicher auch erstaunt, wenn nicht erschüttert, daß die Industriestaaten des Westens, die sich bei der Wirtschaftshilfe knauserig gezeigt hatten, plötzlich Milliarden Dollar bereitstellten, um die Wirtschaft des Nachbarlandes zu zerbomben.

Daß sich Bulgarien stärker bedroht fühlt als Deutschland oder die USA, ergibt sich aus der Nähe zum Kriegsschauplatz. Die Bulgaren gehörten im zweiten Balkankrieg und in den beiden Weltkriegen zu den Verlierern. Sie fürchten, ihre Köpfe wiederum für etwas hinhalten zu müssen, was nicht ihren Interessen entspricht. Nicht wenige können sich vorstellen, daß Jugoslawien, wenn es in die Enge getrieben wird, Ziele in Bulgarien, etwa das Atomkraftwerk Kozloduj, angreifen wird. Da sich die Nato-Angriffe Woche um Woche hinziehen, glaubt der einfache Bulgare schon, daß die Nato schwach sei und man sich daher nicht in einen Gegensatz zu Jugoslawien bringen lassen dürfe.

Gegen die tiefsitzenden Vorurteile und Ängste konnten auch die beiden staatlichen Fernsehkanäle wenig ausrichten, auch wenn sie sich redlich um eine Versachlichung der Diskussion bemühten. Der Privatsender "7 dni" dagegen war Nato-kritisch.

Von allen überregionalen Zeitungen blieb nur die "Demokracija" auf Nato-Kurs. Selbst "Standart News", das der Regierung Kostovs wohlgesinnt ist, erlaubte sich Fragen zur Verhältnismäßigkeit der Mittel in dem bewaffneten Konflikt. Die Massenblätter "Trud" und "24 časa" räumten kritischen Stimmen mal mehr, mal weniger Platz ein. Einige der namhaftesten Politologen wie Ognjan Minčev

oder Ivan Krăstev haben die Entscheidung der Regierung für das Verlangen der Nato trotz aller Wenn und Aber gebilligt.

Scharf gegen das Eingreifen der Nato wegen des Kosovo äußerten sich "Duma" und "Monitor". 36 Prozent der Zeitungsbeiträge und 23 Prozent der elektronischen Medien hatten nach einer Untersuchung für die Zeit vom 25. März bis 4. April eine negative Tendenz gegenüber den Nato-Schlägen, dagegen 11 bzw. 34 Prozent eine positive.

Angesichts der aufgewühlten Stimmung im Land stand man in Sofia vor einer schweren Entscheidung. Es kann keinen Zweifel daran geben, daß die Regierung Kostovs die Militäraktionen genau so bedauerte wie die Bevölkerung, zumal sie dadurch in ihrem wirtschaftlichen Reformkurs gebremst oder sogar zurückgeworfen wurde.

Ein Nein zum Nato-Gesuch wäre zwar im Sinne eines großen Bevölkerungsteils gewesen, konnte oder mußte in Brüssel aber auch als Beweis für die bulgarische Unzuverlässigkeit verstanden werden. Die Regierung in Sofia wollte jedoch nicht den Eindruck entstehen lassen, daß sie nur an den Vorteilen, nicht aber an den Lasten der Nato interessiert sei. Darüber hinaus würde die Verweigerung, wie man in Sofia wußte, die Position Bulgariens bei einer Friedensregelung empfindlich schwächen.

Die parlamentarische Entscheidung

Die Zeit bis zur Abstimmung im Parlament über den Luftkorridor zog sich zunächst schon dadurch in die Länge, daß nach dem Brüssel-Besuch Kostovs der Text einer neuen Note mit den veränderten Konditionen ausgefeilt werden mußte. Inzwischen sah sich die Regierung dem Verdacht ausgesetzt, der Bevölkerung nicht von Anfang an reinen Wein eingeschenkt zu haben. Zunächst hatte es seitens der Nato geheißsen, daß sie keinen Zugang zum bulgarischen Luftraum suche. Dann zeigte eine Karte in "Newsweek", daß der Luftraum längst von Nato-Flugzeugen genutzt wurde.* Man hat den Eindruck, daß es in Brüssel und dementsprechend auch in Sofia nicht immer volle Klarheit über die Pläne der Allianz gab.

Um Bulgarien nicht als unsicheren Kantonisten erscheinen zu lassen, publizierte man von regierungsnaher Seite, daß 60 Prozent der Bevölkerung den Kurs der Regierung im Kosovo-Konflikt unterstützten,⁹ während von anderen Umfrageinstituten behauptet wurde, daß ihn 75 oder sogar 90 Prozent ablehnten.

Die Regierung Kostovs mußte sich sowohl in Brüssel wie zu Hause ihrer Haut wehren. Die BSP, die seit ihrem Sturz Anfang 1997 desorientiert und ziemlich kraftlos gewirkt hatte, sah angesichts der grassierenden Kriegsangst in der Bevölkerung die einzigartige Chance, Profil zu gewinnen. Sie scheute dabei auch nicht vor Panikmache zurück.

Ein wahres Geschenk des Himmels war es für die Antikriegsbewegung, als am späten Abend des 28. April eine Nato-Rakete in Gorna Banja, einem Vorort Sofias, niederging und dabei einen Dachstuhl zerstörte, aber nicht explodierte.

Auch nach diesem Zwischenfall bewies die Regierung eine bemerkenswerte Beharrlichkeit. Am 4. Mai wurde im Parlament fast acht Stunden über das Abkommen mit der Nato über den Luftkorridor debattiert. 154 Abgeordnete im 240köpfigen "Narodno sãbranie" stimmten dem Abkommen zu, 83 lehnten es ab. Zu den Befürwortern gehörten die SDS, die "Volksunion" und die DPS. In Opposition standen außer der BSP auch die "Eurolinke", die Grüne Partei und die Mehrheit der Unabhängigen.

Bulgarien hatte Farbe bekannt. Es hielt Kurs auf den Westen.

⁸ Newsweek, 5.4.1999.

⁹ Demokracija, 26.4.1999. Nach Alpha research billigten 54 Prozent der Befragten die Politik der Regierung, 38 Prozent lehnten sie ab. Vgl. Kapital, 2.-9.4.1999.

Licht am Ende des Tunnels

Bulgarien ist derzeit durch die Feuerwand in Jugoslawien von Mitteleuropa abgeriegelt. Als ein Zeichen der Hoffnung kann man allerdings werten, daß den reichen Industriestaaten des Westens seit den Nato-Schlägen gegen Jugoslawien so deutlich wie nie zuvor bewußt geworden ist, daß die Region des Balkan dringend wirtschaftlicher Aufbauhilfe bedarf, wenn sie nicht auf Jahrzehnte eine Krisenzone bleiben soll, in der immer wieder interveniert werden muß.

Vieles hängt davon ab, ob Jugoslawien zur Demokratie findet. Um gegen alle Eventualitäten gewappnet zu sein, braucht Bulgarien in Zukunft eine ausgebaute und modernisierte Umgehungsstraße um Jugoslawien und mindestens eine zweite Brücke über die Donau. Bulgarien dürfte auch Kapazitäten besitzen, die Jugoslawien beim Wiederaufbau helfen können. (Bei der Rekonstruktion von Bosnien-Herzegowina zogen die Bulgaren aber den kürzeren.) Es wird sicher noch zähe Verhandlungen über den Stabilitätspakt für den Balkan geben. Es wäre ein Unding, wenn die EU die Musterschüler im ehemaligen Ostblock stärker fördern würde als die ärmeren Staaten in Südosteuropa und damit den Gegensatz zwischen Arm und Reich vertiefen. Ohne Solidarität und Idealismus ist Europa nur ein Wort.

Wirtschaftshilfe ist sicher das wichtigste. Damit ist es aber nicht getan. Man muß schon in den Schulen Kenntnisse über den Balkan vermitteln. Kommunen, Universitäten, Stiftungen und Privatpersonen können ihren Beitrag leisten. Es sollten nicht erst Kriege nötig sein, damit man weiß, wo das Kosovo, wo Sofia oder Bukarest liegt.

Heinz Brahm

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1999 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet.
Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,

Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.biost.de>
E-mail: administration@biost.de

ISSN 0945-4071